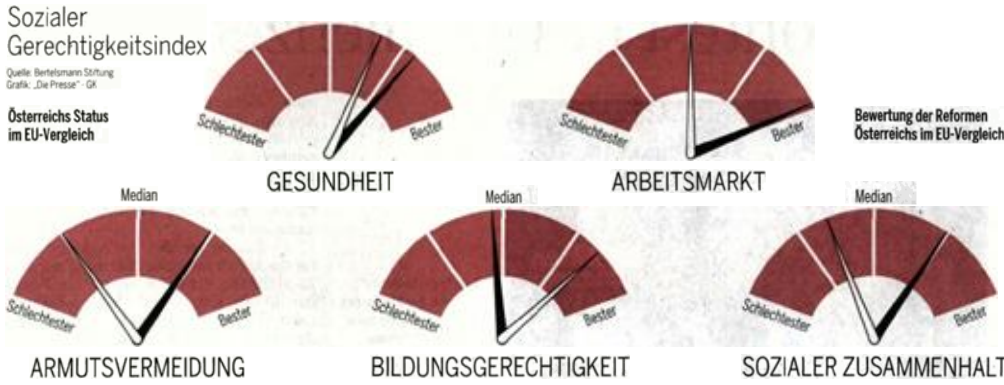




Sozialer
Gerechtigkeitsindex

Quelle: Bertelsmann Stiftung
 Grafik: „Die Presse“ - GK

Österreichs Status
im EU-Vergleich



Teilbereich Integration: Länder
mit größtem Reformbedarf

1. Luxemburg	2,86
2. Belgien	2,64
3. Deutschland	2,58
4. Frankreich	2,54
5. Österreich	2,51
6. Malta	2,47
7. Dänemark	2,46
8. Schweden	2,42
9. Finnland	2,36
10. Großbritannien	2,34
11. Griechenland	2,32
12. Italien	2,31
13. Bulgarien	2,22
14. Spanien	2,16
15. Portugal	2,04

Index von 0 bis 3

Österreich hat Reformbedarf bei Integration

Bertelsmann-Studie. Bei sozialen Reformen haben zahlreiche EU-Länder erhöhten Bedarf - Großbritannien am meisten. Österreich werden Fortschritte in der Bildungsreform attestiert, Probleme gibt es im Umgang mit Flüchtlingen.

Gütersloh/Wien. Österreichs Politik hat die Herausforderungen, die durch den starken Flüchtlingsstrom 2015 entstanden sind, noch nicht bewältigt. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung. Ausgewertet wurde für die Untersuchung die Bewertung von 1058 Wissenschaftlern in allen 28 Mitgliedstaaten. Kern der Kritik sind die bisher eher restriktiven Maßnahmen zur Abschreckung von Flüchtlingen, die zu einer erhöhten Armutsgefährdung und schlechteren Integration der Migranten beitragen.

„Dabei ist uns bewusst, dass Österreich mit einem hohen Ansturm an Flüchtlingen konfrontiert war“, so Jan Arpe von der Bertelsmann Stiftung. Mit 10,28 Flüchtlingen pro 1000 Einwohner war das Land 2015 neben Ungarn und Schweden einer der drei am stärksten betroffenen EU-Mitgliedstaaten (Deutschland: 5,87). Insbesondere kritisieren die Experten „die in einigen Bundes-

ländern durchgeführte Kappung der bedarfsorientierten Mindestsicherung“. Sie werde, so heißt es in der Studie, „die Armut unter Flüchtlingen weiter verschlimmern“. Außerdem wird kritisiert, dass der Zugang von Asylwerbern zum Arbeitsmarkt im Gegensatz zu anderen EU-Staaten nach wie vor eingeschränkt werde

Österreich ist aber nicht das einzige Land, in dem die Experten Reformbedarf in diesem Bereich orten: „Die plötzliche Flüchtlingskrise traf die EU, was die soziale Integration anbelangt, an ihrem schwächsten Punkt, da es bereits vor dem Flüchtlingsstrom Nachholbedarf bei der Integration von Ausländern gab.“ Kritisiert wird beispielsweise Dänemark, das mit seiner ebenfalls eher restriktiven Zuwanderungspolitik die Integration von bereits im Land befindlichen Migranten nun erschwere. Die Regierung in Kopenhagen hat zuletzt Sozialhilfe für Asylsuchende halbiert.

In anderen untersuchten Feldern wird Österreich ein deutlich besseres Zeugnis ausgestellt. „Der Ausbau von Gesamtschulen für Sechs- bis 14-jährige sowie die Einführung eines verpflichtenden und kostenfreien Kindergartenjahres werden nach Einschätzung der Befragten deutlich positive Effekte auf diese Problematik haben.“ Im Bildungssektor wird allerdings kritisiert, dass die soziale Durchlässigkeit nach wie vor äußerst gering sei (siehe dazu auch Bericht auf Seite 7). Schüler aus einem sozial schwächeren Umfeld hätten zu wenig Zugang zu einer höheren Ausbildung. Auch dieses Manko trifft Zuwanderer besonders stark. Auf dem Arbeitsmarkt, so erkennen die be-

fragten Wissenschaftler an, habe es „mehrere Maßnahmen“ gegeben, um anerkannten Flüchtlingen den Einstieg in den Job zu erleichtern.

Kroatien ist sehr aktiv bei Reformen

Die Studie untersuchte den Reformbedarf, Reformaktivitäten und die Reformqualität in fünf sozialen Schlüsselbereichen, die Inländer genauso betreffen wie zugewanderte Personen: Gesundheit, Armutsvermeidung, Bildungsgerechtigkeit, Zugang zum Arbeitsmarkt und sozialer Zusammenhalt. Österreich wird neben der Integration auch bei seinem Kampf gegen die Armutsgefährdung derzeit ein wenig zufriedenstellendes Zeugnis ausgestellt – wobei der Bedarf hier kleiner ist, als in vielen anderen EU-Ländern.

Insgesamt schneidet Großbritannien bei der globalen Bewertung seiner Reformleis-

tungen sowie insbesondere in den Bereichen Armutsvermeidung und Bildungsgerechtigkeit am schlechtesten ab. Äußerst kritisch sind die Bewertungen zu Griechenland und Spanien, die laut den Experten allerdings wegen der schlechten Haushaltssituation in ihren Bestrebungen gehemmt seien.

Besonders gewürdigt werden die Reformleistungen der vergangenen Jahre in Kroatien, Bulgarien und Rumänien. Von den älteren EU-Mitgliedsländern wird vor allem Finnland hervorgehoben. „Es zeichnet sich nicht nur durch ein hohes Niveau sozialer Gerechtigkeit aus, sondern auch durch gute Reformleistungen.“ So habe das Land etwa eine wirkungsvolle Reform im Gesundheitsbereich auf den Weg gebracht. Im Gegensatz dazu ruhe sich beispielsweise Dänemark allzu sehr auf den Reformfolgen der Vergangenheit aus.

ZUR STUDIE

Die Bertelsmann Stiftung wertete für das Projekt „Social Inclusion Monitor Europe“ die systematische Befragung von insgesamt 1058 Wissenschaftlern aus, die sich mit Sozialfragen in den EU-Mitgliedstaaten beschäftigen. Aus dieser Befragung wurden Kennziffern für den Vergleich mit anderen Ländern errechnet. Untersucht wurden der Reformbedarf, die Reformaktivitäten und die Reformqualität in 55 relevanten Sektoren. Die Studie wurde der „Presse“ vorab exklusiv zur Verfügung gestellt. Sie wird morgen öffentlich präsentiert.